

Höchstspannungsleitung

BBPIG Vorhaben Nr. 1 – A-Nord

(Emden Ost – Osterath)

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil H – Mitzuentscheidende Genehmigungen, Zulassungen und Befreiungen

H5 – Denkmalschutzrechtliche Belange

Planfeststellungsabschnitt NDS3
„Niedersachsen Süd“

von der Gemeindegrenze Wietmarschen/ Nordhorn bis zur Bundesländergrenze
von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen

Vorhabenträgerin**Amprion GmbH**

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund

Ansprechpartner

Carsten Stiens
Gleichstrom-Netzprojekte
Projekt A-Nord
Tel. 0231-5849-16088

Auftragnehmer**Archäologieberatung**

Heike Baumewerdt-Schmidt M.A.
Mülldorfer Str. 33
53757 Sankt Augustin

Inhalt

1	Vorhabenbeschreibung	6
2	Einleitung.....	8
3	Rechtlicher Rahmen.....	9
4	Umgang mit archäologischen Belangen	11
5	Ausblick auf die Bauausführung.....	13
6	Literaturverzeichnis	14

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BNetzA	Bundesnetzagentur
bzw.	beziehungsweise
DSchG	Denkmalschutzgesetz
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
etc.	et cetera
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
i. d. F.	in der Folge
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz
ND	Niedersachsen
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVP	Netzverknüpfungspunkt
o. ä.	oder ähnliches
o. g.	oben genannt
Offshore-NAS	Offshore-Netzanbindungssysteme
S.	Satz
S.	Seite
s. o.	siehe oben
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliches
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Das Vorhaben A-Nord sieht eine Höchstspannungsleitung zwischen den Netzverknüpfungspunkten (NVP) Emden Ost (Stadt Emden) in Niedersachsen und Osterath (Stadt Meerbusch) in Nordrhein-Westfalen vor. Es ist als Vorhaben Nr. 1 in der Anlage des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) gelistet. Die circa 305 km lange Höchstspannungsleitung wird als Erdkabelanlage errichtet und die elektrische Energie mittels Gleichstrom transportiert. Die Maßnahme stellt einen Baustein zum Ausbau des deutschen Stromnetzes im Zuge der Energiewende dar. Zuständige Behörde für das länderübergreifende Vorhaben A-Nord ist die Bundesnetzagentur (BNetzA).

In einem ersten Verfahrensschritt wurde von der BNetzA im Rahmen der sog. Bundesfachplanung verbindlich ein Trassenkorridor von 1.000 m Breite festgelegt, der die NVP miteinander verbindet und in dem das Vorhaben A-Nord raumverträglich realisiert werden kann. In den Planfeststellungsunterlagen legt die Vorhabenträgerin nun eine Antragstrasse vor, die seitens der BNetzA geprüft wird. Am Ende des Planfeststellungsverfahrens legt die BNetzA per Beschluss einen konkreten Trassenverlauf fest (sog. Planfeststellungsbeschluss). Aufgrund der Komplexität des Vorhabens wurde A-Nord zur Vereinfachung des behördlichen Zulassungsverfahrens in folgende Zulassungsabschnitte eingeteilt:

- NDS1 „Niedersachsen Nord“ von Emden Ost (NVP) bis zur Landkreisgrenze Leer/Emsland
- NDS2 „Niedersachsen Mitte“ von der Landkreisgrenze Leer/Emsland bis zur Gemeindegrenze Wietmarschen/Nordhorn
- NDS3 „Niedersachsen Süd“ von der Gemeindegrenze Wietmarschen/Nordhorn bis zur Bundesländergrenze von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen
- NRW1 „Nordrhein-Westfalen Nord“ von der Bundesländergrenze von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bis zur Kreisgrenze Borken/Wesel zwischen Bocholt und Hamminkeln
- NRW2 „Nordrhein-Westfalen Mitte“ von der Kreisgrenze Borken/Wesel zwischen Bocholt und Hamminkeln bis zur Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck
- NRW3a „Nordrhein-Westfalen Süd“ von der Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck bis zur Konverterstation Meerbusch
- NRW3b „Betrieb Wechselstrom-Anbindungsfreileitung“ von der Konverterstation Meerbusch bis zum NVP Osterath

Im Bereich der Planfeststellungsabschnitte NDS1 und NDS2 ist die Amprion GmbH nach § 17d EnWG zusätzlich zum Projekt A-Nord zur Anbindung und Umsetzung der Offshore-Netzanbindungssysteme (Offshore-NAS) DolWin4 und BorWin4 verpflichtet (anbindungsverpflichteter Übertragungsnetzbetreiber).

Die im Anhang des BBPIG unter Nr. 78 und Nr. 79 aufgenommenen Offshore-NAS DolWin4 und BorWin4 verlaufen von der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) bis zur bestehenden Umspannanlage in Hanekenfähr (NVP) bei Lingen (Ems). Die Offshore-NAS DolWin4 und BorWin4 dienen der Netzanbindung der Offshore-Plattformen DolWin delta und BorWin delta und enthalten folgende Bestandteile:

- Grenzkorridor II - Emden
- Emden - Wietmarschen/Geeste
- Wietmarschen/Geeste - Hanekenfähr

Nur der Bestandteil „Emden - Wietmarschen/Geeste“ unterfällt der Zuständigkeit der BNetzA. Hier verlaufen die Offshore-NAS über circa 101 km in Parallelführung zum Vorhaben A-Nord.

Das Vorhaben ist detailliert im Erläuterungsbericht, in der Unterlage A2.1, beschrieben. Dort finden sich u. a. allgemeine Angaben zum Projekt, technische Erläuterungen zum Bau und Betrieb der Erdkabel sowie eine Beschreibung des Leitungsverlaufes.

2 Einleitung

Durch die für die Errichtung der oben beschriebenen Erdkabelanlagen erforderlichen Bauarbeiten wird im Bereich der Kabelgräben und Muffengruben in den Boden eingegriffen. Im Erläuterungsbericht wird ausführlich beschrieben, wie diese Eingriffe ausgestaltet werden (vgl. Unterlagen nach § 21 NABEG, Unterlage A2.1). Von diesen Eingriffen können archäologische Kulturgüter – bekannte und vermutete Bodendenkmäler – betroffen sein.

In das gegenständliche Planfeststellungsverfahren ist als unselbstständiger Teil eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) integriert. Im Rahmen der UVP wird auch das Schutzgut „Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter“ geprüft, um die Auswirkungen des Vorhabens auf Bodendenkmäler frühzeitig und umfassend zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Dementsprechend findet im UVP-Bericht eine Dokumentation sowie eine Beschreibung und Bewertung der erfassten Kulturgüter je Planfeststellungsabschnitt statt (vgl. Unterlagen nach § 21 NABEG, Unterlagen F1.1 und F1.5).

In der hier vorliegenden Unterlage wird der praktische Umgang mit den denkmalschutzrechtlichen Belangen im Zuge des gegenständlichen Planfeststellungsverfahrens, der Bauvorbereitung und -ausführung dargelegt.

3 Rechtlicher Rahmen

Die rechtlichen Grundlagen zum Schutz des Kulturerbes, i. d. F. Bodendenkmäler, sind in den Denkmalschutzgesetzen der jeweiligen Bundesländer geregelt. Denn die Gesetzgebungskompetenz für den Denkmalschutz ist Teil der Kulturhoheit und unterliegt nicht dem Bund, sondern den einzelnen Bundesländern (Art. 30, 70 Abs. 1 GG). Der Schutz der Bodendenkmäler ist grundsätzlich Aufgabe und Ziel des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in den Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die durch den geplanten Trassenverlauf geschnitten werden.

So heißt es in § 1 des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG ND): *„Kulturdenkmale sind zu schützen, zu pflegen und wissenschaftlich zu erforschen“*, und in § 1 Abs. 1 des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG NRW): *„Der Denkmalschutz und die Denkmalpflege liegen im öffentlichen Interesse. Es ist Aufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege die Denkmäler zu schützen und zu pflegen, wissenschaftlich zu erforschen und das Wissen über Denkmäler zu verbreiten“*.

In beiden Bundesländern gilt, dass jede Veränderung eines Bodendenkmals genehmigungspflichtig ist. Dies gilt für eine teilweise Veränderung wie auch für eine Grabung und Bergung (§§ 10, 12 DSchG ND und § 15 DSchG NRW).

Diese Genehmigungen werden in Niedersachsen durch die Unteren Denkmalschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte im Benehmen mit dem Niedersächsischem Landesamt für Denkmalpflege erteilt (§ 20 Abs. 1 u. 2 DSchG ND). In NRW bedarf eine Grabung nach Bodendenkmälern der Genehmigung der Oberen Denkmalbehörde, dies sind die Bezirksregierungen für die kreisfreien Städte sowie für die Kreise (§ 15 Abs. 1 DSchG NRW).

Die fachlichen Beratungen in allen Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege übernehmen die Landesämter für Denkmalpflege (§ 21 DSchG ND und § 22 Abs. 1, 4 DSchG NRW). Diese sind für die Planfeststellungsabschnitte:

- NDS1: Archäologischer Dienst und Forschungsinstitut der Ostfriesischen Landschaft, Aurich
- NDS2 und NDS3: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg
- NRW1: Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Archäologie für Westfalen
- NRW2 und NRW3a: Landschaftsverband Rheinland, Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Darüber hinaus sieht § 44 Abs. 1 EnWG vor, dass Eigentümer und Nutzungsberechtigte die zur Vorbereitung der Planung und Baudurchführung eines Vorhabens oder von Unterhaltungsmaßnahmen u. a. archäologische Voruntersuchungen einschließlich erforderlicher Bergungsmaßnahmen sowie sonstige Vorarbeiten zu dulden haben. Mit der

Novellierung des § 44 EnWG (vgl. Art. 1 EnWRKAnpG) wurden die Voruntersuchungen um die o. g. Bergungsmaßnahmen ergänzt. Somit eröffnet die Regelung die Möglichkeit, dass im Falle einer fehlenden Zustimmung der Eigentümer/Nutzungsberechtigten die Planfeststellungsbehörde auf Antrag des Vorhabenträgers die Duldung der Vorarbeiten anordnen kann (§ 44 Abs. 2 S. 2 EnWG).

4 Umgang mit archäologischen Belangen

Um das archäologische Potenzial im Trassenverlauf zu bewerten bzw. zu verifizieren, wurden der Vorhabenträgerin von den zuständigen o. g. Fachämtern in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen digitale Daten mit bekannten oder vermuteten Bodendenkmälern übermittelt. Diese Datensätze werden fortlaufend durch die Fachämter, soweit erforderlich, ergänzt. Die Daten sind entsprechend aufbereitet im UVP-Bericht enthalten (vgl. Unterlagen nach § 21 NABEG, Unterlagen F1.1 und F5).

Zu den bekannten Bodendenkmälern zählen Flächen, auf denen bereits Grabungen durchgeführt wurden oder die oberflächlich sichtbar sind oder die aufgrund anderer Indikatoren (z. B. Fundkonzentrationen) als gesichert gelten. Vermutete Bodendenkmäler sind Flächen, für die aufgrund ihrer Lage, der Topographie oder auch Häufungen anderer Bodendenkmäler und Fundkonzentrationen in ihrer näheren Umgebung als mit hoher Wahrscheinlichkeit archäologisch relevant angesehen werden.

Auf Basis der o. g. Daten wurde mit den entsprechenden Fachämtern der allgemeine Umgang mit Bodendenkmälern abgestimmt. Dabei wurden sowohl bauvorgreifende Prospektionen und/oder Ausgrabungen wie auch baubegleitende Maßnahmen besprochen. Anschließend wurden in Abstimmung mit den Fachämtern für diejenigen Flächen, deren Erhaltung oder Ausdehnung in den Arbeitsstreifen nicht oder nur unzureichend bekannt waren sowie für die Vermutungsflächen zur Verifizierung bauvorgreifende Prospektionsmaßnahmen festgelegt. Diese Prospektionsmaßnahmen können sowohl non-invasiv wie auch invasiv sein. Zu den non-invasiven Untersuchungen gehören u. a. Feldbegehungen und das Erfassen und Einmessen archäologisch relevanten Fundmaterials bzw. obertägig sichtbarer Befunde wie z. B. Grabhügel. Üblicherweise schließen sich daran invasive Prospektionen wie Baggersondagen an, da hierbei die Erhaltung und Ausdehnung eines Bodendenkmals präziser erfasst wird. Die Sondagen finden ausschließlich in den geplanten Kabelgräben statt; der dabei entstehende Aushub wird im Arbeitsstreifen abgelegt.

Zunächst werden an solchen Stellen keine Prospektionen durchgeführt, für die keine Duldung des betroffenen Flächeneigentümers vorliegt. In Bereichen ohne Betretungsrechte wird erst nach Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses prospektiert bzw. gegraben.

Darüber hinaus wurden für alle Vorarbeiten Grabungsgenehmigungen bei den zuständigen Denkmalschutzbehörden beantragt. Den Anträgen auf Grabungsgenehmigung wurde ein fachwissenschaftliches Konzept zum Umgang mit den einzelnen Bodendenkmälern oder Denkmalflächen beigelegt. Zur Prüfung von naturschutz- oder bodenrechtlichen Auflagen erfolgten vor Aufnahme der archäologischen Arbeiten Abstimmungen mit weiteren Fachbehörden bzw. Trägern öffentlicher Belange etwa aus den Bereichen Naturschutz und Bodenschutz. Sofern erforderlich wurden in diesem Zuge beispielsweise Befreiungsanträge gestellt und die Befreiungen wurden von den zuständigen Stellen erteilt.

Die archäologischen Arbeiten wurden zudem durch eine ökologische Baubegleitung und eine bodenkundliche Baubegleitung begleitet.

Die Umsetzung der Prospektionsmaßnahmen übernehmen in den Planfeststellungsabschnitten NDS2 und NDS3 sowie gesamtheitlich in Nordrhein-Westfalen Grabungsfirmen, die von der Vorhabenträgerin beauftragt werden. Lediglich im Abschnitt NDS1 werden die Arbeiten durch das Fachamt Ostfriesische Landschaft selbst durchgeführt.

Nach Abschluss der Prospektionen erfolgt eine Bewertung und Priorisierung der entdeckten bzw. bestätigten Fundstellen durch die archäologischen Fachämter und es werden ggf. weiterführende archäologische Maßnahmen abgestimmt. Dies können vollständige Ausgrabungen eines Fundplatzes im Vorfeld der Baumaßnahmen oder auch baubegleitende Untersuchungen sein.

Bauvorgreifende Ausgrabungen sind dort nötig, wo aufgrund der Flächenausdehnung eines Bodendenkmals oder der zu erwartenden hohen Befunddichte zeitaufwändige Dokumentationen erforderlich werden, die den Ablauf des Baubetriebs erheblich behindern könnten. In einzelnen Fällen werden mit den archäologischen Fachämtern weitergehende Schutzmaßnahmen abgestimmt. Bei besonders herausragenden Fundplätzen von z. B. überregionaler wissenschaftlicher Bedeutung (u. a. Militärlager, die im Zusammenhang mit dem niedergermanischen Limes stehen; große Grabhügelfelder o. ä.) können die Fachämter einen Erhaltungsvorbehalt äußern. In solchen Fällen werden in Abstimmung mit den Fachämtern weitergehende Maßnahmen festgelegt, die den Erhalt dieser Fundplätze sicherstellen.

In den UVP-Bericht fließen alle Fundstellen ein, die der Vorhabenträgerin genannt werden (s. o.). Die Ergebnisse der Prospektionen werden ebenfalls in den UVP-Bericht aufgenommen, soweit diese bei Berichterstellung bekannt bzw. abgeschlossen sind.

5 Ausblick auf die Bauausführung

Im Zuge der Bauausführung werden bei einer Baubegleitung sowohl der Oberbodenabtrag als auch der Kabelgrabenaushub archäologisch begleitet. Hierbei entdeckte, bisher nicht bekannte Fundstellen können so identifiziert und zeitnah geborgen werden. Aber auch kleinflächige Fundplätze, die bereits im Vorfeld bekannt waren oder prospektiert wurden, können so in kurzer Zeit ausgegraben werden.

6 Literaturverzeichnis

DSchG ND: Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz in der Fassung vom 30. Mai 1978, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 388) geändert worden ist

DSchG NRW: Nordrheinwestfälisches Denkmalschutzgesetz (Denkmalschutzgesetz) in der Fassung vom 01. Juli 1980, das zuletzt durch Artikel 5 G des Gesetzes vom 06. April 2022 (GV. NRW. S. 934) geändert worden ist

EnWG: Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz) in der Fassung vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1325) geändert worden ist

EnWRKANpG: Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung in der Fassung vom 19. Juli 2022 (BGBl. I S. 1214)

GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2022 (BGBl. I S. 968) geändert worden ist